



MdB Singhammer im Gespräch...

Liebe Münchnerinnen und Münchner,

viele Bürgerinnen und Bürger sind in Sorge über die Eurokrise:

Muss Deutschland für die südeuropäischen Staaten zahlen? Droht eine Inflation? Wie viel ist mein Ersparnis noch in einigen Jahren wert, wie viel noch die Renten? Was macht die Europäische Zentralbank mit dem unbegrenzten Aufkauf der sogenannten Sekundäranleihen und wie ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu bewerten?

Meine Meinung dazu: Das Wichtigste ist, dass wir in Deutschland nicht in eine Schuldenunion mit anderen Ländern geraten. Weder offen, noch auf Umwegen darf das der Fall sein. Und ganz wichtig: Das Parlament, der Bundestag, muss immer das letzte Wort haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Ziele in seiner Entscheidung nicht nur unterstützt, sondern festgeschrieben. Allerdings fehlt noch eine Entscheidung zur Absicht der Europäischen Zentralbank, unbegrenzt Anleihen zu kaufen.

Ich sage: Es ist nicht in Ordnung, dass in der Europäischen Zentralbank der Vertreter Deutschlands, Bundesbankpräsident Jens

Weidmann, regelmäßig nicht nur über-, sondern geradezu niedergestimmt wird. Wenn Deutschland, das mit 27 Prozent den größten Haftungsanteil bei der Europäischen Zentralbank übernommen hat, regelmäßig abgebürstet wird und deutsche Bedenken in den Wind geschlagen werden, ist das kein gutes Zeichen für eine faire Partnerschaft. Notwendig ist vielmehr, dass Deutschland – seinem Anteil entsprechend – mehr Stimmrecht bei der Europäischen Zentralbank erhält. Bisher hat Malta, beispielsweise, das gleiche Stimmrecht wie Deutschland – obwohl Malta nur mit einem Bruchteil derjenigen Geldsumme haftet, wie letztendlich die deutschen Steuerzahler.

Mein Ziel ist: Die Menschen in Deutschland dürfen nicht für die Fehler in anderen Staaten haften, und bei der Europäischen Zentralbank muss Deutschland entsprechend seinem Gewicht berücksichtigt werden.

Johannes Singhammer

PS. Über Ihre Meinung würde ich mich freuen!